

SICHERER HAFEN

Flüchtlingshilfe Sprockhövel stellt Forderungen an die Stadt **WAZ+**

Matthias Spruck

Aktualisiert: 28.01.2021, 08:00



Unter Hinweis auf die Abstandsregeln hatte die Stadt die Flüchtlingshilfe aufgefordert, mit weniger Teilnehmern vor den Glückauf-Halle zu demonstrieren. Das tat die Flüchtlingshilfe dann auch.

Foto: Flüchtlingshilfe Sprockhövel

SPROCKHÖVEL Die Petition ist gescheitert. Aber die Organisation will die Absichtserklärung des Rates künftig überwachen.

Die Flüchtlingshilfe Sprockhövel ist enttäuscht darüber, dass der **Stadtrat ihre Petition "Sprockhövel zum Sicheren Hafen" nicht unterstützt**, sondern durch seinen Beschluss deutlich abgeschwächt hat. Im mehrheitlich angenommenen CDU-Antrag sieht die Flüchtlingshilfe jedoch Möglichkeiten, für geflüchtete Menschen Verbesserungen zu erreichen. Insbesondere bei der Wohnsituation und der Schulbildung will die Flüchtlingshilfe die Ratsmitglieder beim Wort nehmen.

Aktion der Flüchtlingshilfe gestoppt

Bereits die Begleitsituation der Ratssitzung hat bei der Flüchtlingshilfe Befremden ausgelöst. "Wir hatten eine Zusage, **vor Beginn der Sitzung im Foyer der Glückauf-Halle 2000 Schiffchen aufzustellen**", berichten Miriam Venn und Christoph Meer von der Flüchtlingshilfe. Diese sei jedoch einen Tag vor der Sitzung kurzfristig zurückgenommen worden. Und auch die dann vor der Halle veranstalteten Demonstration war unter dem Hinweis der Stadtverwaltung, die Corona-Bestimmungen hinsichtlich des Abstands zwischen den einzelnen Demonstranten werde nicht eingehalten, fast noch verhindert worden.

Druck auf Bundesregierung ausüben

Verwunderung dann bei der Organisation, als sich in der Sitzung keine Partei fand, die einen Antrag zur Unterstützung der Petition gestellt hat. "Die Argumentation, keine Zuständigkeit für die Unterbringung zu haben und entsprechend gegenüber höheren Instanzen nichts ausrichten zu können, stimmen wir nicht zu", sagen Venn und Meer. Sinn der Petition wäre es gewesen, den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen. "Gevelsberg, Wetter und **Witten im EN-Kreis haben das verstanden** und mit ihnen insgesamt 226 Städte und Landkreise", so die Flüchtlingshilfe.

Flüchtlingshilfe will Selbstverpflichtung kontrollieren

Nicht gelten lässt die Flüchtlingshilfe das vorgebrachte Argument, eine Zusage der Übernahme von Flüchtlingen über die Zuteilungsquote hinaus berge das Risiko des Kontrollverlustes auch über die Kosten. "Der Hauptteil wird vom Bund getragen und die Stadt könnte die Zahl der zusätzlichen Flüchtlinge selbst festlegen", so Venn und Meer.